

## Antisubvention – Regenbogenforellen mit Ursprung in der Türkei

### Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung

11.02.2021

Die EU-Kommission leitet auf Antrag des ausführenden Herstellers Selina Balik Isleme Tesis Ithalat Ihracat ve Ticaret Anonim Sirketi eine teilweise Interimsprüfung ein. Der Antrag beschränkt sich auf die Untersuchung des Subventionsstatbestands in Bezug auf den Antragsteller.

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Ausgleichszoll, der mit der [Durchführungsverordnung \(EU\) 2015/309](#) der Kommission eingeführt wurde.

Die Überprüfung betrifft Regenbogenforellen (*Oncorhynchus mykiss*)

- lebend, mit einem Stückgewicht von 1,2 kg oder weniger, oder
- frisch, gekühlt, gefroren und/oder geräuchert:
  - als ganze Fische (mit Kopf), auch ohne Kiemen, auch ausgenommen, mit einem Stückgewicht von 1,2 kg oder weniger, oder
  - ohne Kopf, auch ohne Kiemen, auch ausgenommen, mit einem Stückgewicht von 1 kg oder weniger, oder
  - als Fischfilets mit einem Stückgewicht von 400 g oder weniger,

mit Ursprung in der Türkei, die derzeit unter den KN-Codes ex 0301 91 90, ex 0302 11 80, ex 0303 14 90, ex 0304 42 90, ex 0304 82 90 und ex 0305 43 00 eingereicht werden.

Stellungnahmen interessierter Parteien sind schriftlich innerhalb von 37 Tagen nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung bei der EU-Kommission einzureichen ([Kontaktdaten siehe Punkt 5.7](#) der Bekanntmachung).

Quelle:

Bekanntmachung der Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Ausgleichsmaßnahmen betreffend die Einfuhren bestimmter Regenbogenforellen mit Ursprung in der Republik Türkei; ABl. C. 40 vom 5. Februar 2021, S. 12.

### Mehr zu:

EU / Türkei  
Antidumping, Antisubvention  
Zoll

## Kontakt

Stefanie Eich

Zollexpertin

 +49 228 24 993 344

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.